Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.50, im Ausland mit entsprechendem Zuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Wochentags bis 3 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. Für Inserate: Gr. Zeitungsg. 5 und an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Garmondzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., im Anzeigenheft (per nach Festtagen) 20 Pfg. Unserm Strich (Linie) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen Annoncen-Expeditionen sowie sämtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Aufgabe einzelner Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang.

C. Heinrich Barthel
Putz- u. Modewaarenhaus
Waisenhausstrasse Nr. 30.
Eigene Filzhutfabrik. Neueste Modelle.

Julius Schädlich
Am See 16.

Kerzen-Kronleuchter
Petroleum-Lampen.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Tapisserie-Manufactur
Altmarkt C. HESSE Altmarkt
Königl. Hoflieferant
Aeltestes und grösstes
Special-Geschäft für Tapisserie.
Reichste Auswahl. — Billigste Preise.

Atelier für feine
Corsets
nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 25.
Teleph. A. I. 167.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 262. Spiegel: Oesterreich-ungarische Delegationen. Hofnachrichten. Militärjubiläum des Königs. Journalisten-Pensionskasse. Internationale Ausstellung. Manöver. Kunststickereien. Gerichtsverhandlungen. Friedmann-Concert. Mittwoch, 19. Septbr.

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

vierte Vierteljahr 1894

bei dem betreffenden Postamte **baldigst** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und **Abbestellungen**, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Außerhalb Oesterreich-Ungarns hat man über die staatsrechtliche Bedeutung und über die verfassungsmäßige Thätigkeit der Delegationen selten eine richtige Vorstellung. Die Delegationen sind das Organ der Realunion, zu welcher Oesterreich und Ungarn durch die Person des Monarchen und die Dynastie, sowie durch eine Reihe gemeinsamer Einrichtungen verbunden sind. Die Gesetzgebung hinsichtlich der den beiden Reichshälften gemeinsamen Angelegenheiten wird durch die Delegationen ausgeübt, deren es zwei giebt und deren jede aus 60 Mitgliedern besteht. Die österreichische ist ein Ausschuß des cisleithanischen Parlaments, des Wiener Reichsraths; ein Drittel der Mitglieder wählt das österreichische Herrenhaus, zwei Drittel das Wiener Abgeordnetenhaus. Die ungarische Delegation ist ein Ausschuß des transleithanischen Parlaments; die Magnatentafel entsendet ein Drittel, das Budapester Abgeordnetenhaus zwei Drittel der Delegirten, die wie die österreichischen auf ein Jahr gewählt werden. Die beiden Delegationen treten jedes Jahr einmal zusammen; sie tagen gleichzeitig an demselben Orte, abwechselnd in Wien und Budapest, aber sie berathen getrennt und theilen sich ihre Beschlüsse schriftlich durch sog. Nuntien mit. Führt ein derartiger dreimaliger Schriftwechsel nicht zur Einigung, so erfolgt die Entscheidung durch Abstimmung in einer gemeinschaftlichen Plenarsitzung. Die den beiden Reichstheilen gemeinsamen Angelegenheiten, über welche die Delegationen zu beschließen haben, sind hauptsächlich die auswärtigen Angelegenheiten, das Kriegswesen, das Finanzwesen hinsichtlich der gemeinsam zu bestreitenden Ausgaben und seit 1878 auch die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. Für die Verwaltung dieser Angelegenheiten bestehen drei gemeinsame Ministerien mit dem Sitze in Wien: Das Ministerium des Aeußeren, das Reichskriegs- und das Reichsfinanzministerium.

Eine hervorragende aktive Wirksamkeit haben die Delegationen seit ihrem 27jährigen Bestehen nicht entfaltet. Ueber die Grenzen des Habsburgerreiches pflegen ihre Tagungen nur Interesse zu erwecken durch die Erörterungen über die auswärtige Lage, die durch eine Ansprache des Kaisers bei dem Empfange der Delegationen eingeleitet werden. Mit Spannung sieht man besonders den Auslassungen des beiden Reichshälften gemeinsamen Ministers des Auswärtigen über die internationalen Beziehungen und die europäischen Einzelfragen entgegen. Die Ansprache, mit welcher Kaiser Franz Josef in der Ofener Hofburg die Begrüßungsreden der beiden Delegationspräsidenten, des Freiherrn von Chlumecky und des Grafen Ludwig Tisza, beantwortete, gipfelt in der Versicherung, daß der Friedenszustand gesichert ist. Wie Kaiser Wilhelm kürzlich in Königsberg und der russische Finanzminister Witte in seinen Auslassungen in Abbazia hat auch der Träger der Stefanskrone die Erhaltung und Consolidirung des Friedens mit einer Zuversicht betont, wie sie kräftiger nicht ausgesprochen werden kann. Kaiser Franz Josef erklärte, daß die europäische Lage heute noch „beruhigter" sei als in früheren Jahren und daß in Folge dessen die Hoffnung berechtigt sei, die Entwickelung und Förderung der Wohlfahrt der Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie werde auch fernerhin ungestört bleiben. Daß der Monarch den Dreibund, der die sicherste Bürgschaft des europäischen Friedens bietet, nicht besonders erwähnt hat, kann nicht mehr auffallen, nachdem dies auch im vorigen Jahre nicht geschehen ist. In der Nichterwähnung des Dreibundes liegt die erneute Bestätigung, daß dieser eine so unerschütterliche Institution geworden ist, daß man darüber kein Wort mehr zu verlieren braucht. Es bedarf nicht mehr der ausdrücklichen Versicherung, daß die Dreibundmächte in den gemeinschaftlichen auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen fest miteinander verbunden sind. Die Friedenszuversicht erfährt auch dadurch keine Beeinträchtigung, daß Kaiser Franz Josef auf die Pflicht hinweist, gleich den anderen Mächten in der Fortentwickelung der Wehrkraft der Monarchie keine Unterbrechung eintreten zu lassen. Abgesehen davon, daß es sich bei den militärischen Mehraufwendungen, deren Bewilligung von den Delegationen gefordert wird, nur um verhältnißmäßig geringfügige Summen handelt, muß man sich doch allezeit bewußt bleiben, daß die Erhaltung und die zeitgemäße Entwickelung der Schlagfertigkeit der Armee nach wie vor die Basis der Friedenspolitik der Dreibundmächte sein muß; denn ein starkes Heer giebt die zuverlässigste Gewähr, daß kriegerische Nachbarn nicht wagen werden, den Frieden zu stören. Die Machtstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie beruht nicht minder wie die des deutschen Reiches in erster Linie auf ihrer Wehrfähigkeit und sehr richtig hob daher der Präsident der ungarischen Delegation Graf Tisza in seiner Ansprache an den Kaiser hervor, daß in der Aufrechterhaltung der Stellung des Habsburgerreiches, das seiner geographischen Lage nach die mitteleuropäische Vormacht gegen den Orient darstellt, die unter allen Umständen untrüglichste Garantie des bisher glücklich erhaltenen Friedens zu sehen sei. Bei Besprechung der internationalen Lage ist kürzlich an dieser Stelle der Auffassung Ausdruck gegeben worden, daß die Gräuelthaten des Anarchismus dazu beigetragen haben, das Bewußtsein der internationalen Solidarität zu stärken und damit die Werthschätzung des Friedens unter den Nationen zu erhöhen. Graf Tisza hat denselben Gedanken ausgeführt, indem er bemerkte: „Wenn die Erhaltung des Friedens schon im Allgemeinen und aus humanitären und volkswirthschaftlichen Gesichtspunkten von eminenter Wichtigkeit ist, so ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen, da in ganz Europa bezüglich der gesammten Organisation der Staaten und der Gesellschaft neuere Strömungen einander gegenüberstehen, doppelte Wichtigkeit dem beizumessen, daß jeder Staat seine volle Aufmerksamkeit seinen inneren Angelegenheiten zuwenden und alle Zeit und Arbeit ruhig und ungestört der erfolgreichen Ausgleichung dieser Gegensätze widmen könne."

Wie im vorigen Jahre sind auch diesmal die Debatten über die auswärtige Politik in dem Budgetausschusse der österreichischen Delegation durch eine heftige Philippika des jungczechischen Delegirten gegen den Dreibund eingeleitet worden. Der Jungczeche Dr. Pacak führte aus, daß das ganze czechische Volk aus wirthschaftlichen, politischen und nationalen Gründen gegen den Dreibund sei und daß aus denselben Gründen nur Rußland der einzige wahre und verläßliche Freund Oesterreichs sein könne. Schlagend widerlegte der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky in seinem Exposé die Angriffe des jungczechischen Heißsporns gegen den Dreibund. Dr. Pacak hatte unter Anderem gesagt, daß der Friede in Europa nur dann gesichert und gefestigt sein werde, bis der Dreibund zerfalle. Graf Kalnoky konstatirte demgegenüber, daß der Dreibund sich so eingelebt habe, daß heute seine Feinde und Gegner zum größten Theile verschwunden sind. Von besonderer Bedeutung ist die Thatsache, daß sich Rumänien zu der Friedenspolitik des Dreibundes bekannt hat und eine Anlehnung an die mitteleuropäischen Friedensmächte erstrebt. Es giebt in Rumänien eine starke und einflußreiche Partei, die sogenannte großrumänische, welche russenfreundlich und antiösterreichisch gesinnt ist und kriegerische Neigungen hat, die auf die Erwerbung der von Rumänen bewohnten Gebiete Ungarns, Siebenbürgens und der Bukowina gerichtet sind. Graf Kalnoky gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß es der gegenwärtigen rumänischen Regierung gelingen werde, diese Strömungen in ein ruhiges Bett zu leiten. Bemerkenswerth sind in dem Kalnoky'schen Exposé, das in der Hauptsache einen Kommentar zu der Friedensbotschaft Kaiser Franz Josef's bildete, die Auslassungen über Bulgarien, das seit dem Sturze Stambulow's eine bedenkliche Schwenkung in der inneren wie in der auswärtigen Politik vollzogen hat, sehr zum Nachtheile der nationalen Selbstständigkeit und inneren Festigung dieses für die ganze Orientpolitik so wichtigen Balkanstaates. In Bulgarien, führte Graf Kalnoky aus, herrschen leider gegenwärtig unklare Verhältnisse. Die frühere Regierung habe mehr Garantien für die Stabilität der Verhältnisse geboten als die gegenwärtige. Die Verhältnisse in Bulgarien seien jedenfalls in's Schwanken gerathen, wenn man dort so leicht von einer Machtstellung in den Kerker gelangen könne. Trotzdem habe Oesterreich-Ungarn alle Sympathien für das bulgarische Volk und könne nur wünschen, daß sich dasselbe weiter in Frieden entwickle. Die Politik Stambulow's, den die Regierung des Koburgers jetzt am liebsten einkerkern möchte, war stets darauf gerichtet, vor Allem die freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich zu pflegen und man wird daher begreifen, daß der Leiter der auswärtigen Politik des Habsburgerreiches den Umschwung der bulgarischen Verhältnisse mit Mißtrauen verfolgen muß. Man darf gespannt sein, welche Aufnahme die ziemlich scharfen Kalnoky'schen Auslassungen über Bulgarien, die fast einer Verurtheilung der gegenwärtigen Politik der Regierung des Prinzen Ferdinand gleich kommen, in Sofia finden werden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. September.

Berlin. Dem deutschen Gesandten in Peking ist seitens der chinesischen Regierung die folgende Cirkular-Mittheilung zugegangen: „Peking, am 3. August 1894. Ew. Excellenz haben wir bereits die Ehre gehabt, von der Eröffnung der Feindseligkeiten mit Japan in Kenntniß zu setzen. Es ist dies in Gemäßheit der Festsetzung des Völkerrechts geschehen, die eine bezügliche Mittheilung an die befreundeten Mächte vorschreibt. Es ist also das eine Land Japan allein, das mit China Streitigkeiten begonnen hat, mit den übrigen Vertragsmächten bleiben die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen unverändert bestehen. China hat daher nach wie vor die Verpflichtung, den sich im Innern aufhaltenden Unterthanen, Handeltreibenden, wie Missionaren der neutralen Mächte den ihnen vertragsmäßig zukommenden Schutz zu gewähren. Unser Yamen hat auch bereits telegraphische Anweisung an den Handelssuperintendenten der nördlichen Häfen ergehen lassen, damit dieser seinerseits die sämmtlichen Bannergenerale, Generalgouverneure und Gouverneure der Provinzen telegraphisch instruirt, daß sie rechtzeitig Warnungen veröffentlichen und dadurch verhindern, daß das thörichte Volk aus Unverstand Ruhestörungen begeht. Ew. Excellenz beehren wir uns ergebenst zu ersuchen, die sämmtlichen deutschen Konsuls in den Vertragshäfen veranlassen zu wollen, daß sie die deutschen Handeltreibenden und Missionare aufklären, daß diese wie gewöhnlich ihren Geschäften nachgehen können, nicht aber, weil Japan zu Feindseligkeiten übergegangen ist, Befürchtungen für ihre Sicherheit hegen. Der Prinz Ch'ing und der Minister des Tsungli Yamen." — Der Chefredakteur des „Berliner Lokal-Anzeigers" und der Hamburger Korrespondent des Blattes wurden heute vom Berliner Schöffengericht wegen Verbreitung der falschen Nachricht vom Untergange der „Viktoria Augusta" mit je 50 Mk. Geldstrafe ev. 5 Tagen Haft verurtheilt. Zwei in Hamburg vernommene Zeugen hatten bekundet, daß in Hamburg die Nachricht von dem Untergange des Schiffes verbreitet gewesen sei und daß auch eine Barke mit dem Namen „Augusta Viktoria" gescheitert sei. — Die Berliner Tapezierergehilfen beabsichtigen, am 1. Oktober den Streik zu beginnen, um die achtstündige Arbeitszeit, 27 Mk. Minimallohn und die Freigebung des 1. Mai als Feiertag zu erzwingen. — Der Selbstmord des Bildhauers Albert Engel ist, wie sich ergeben hat, auf materielle Noth zurückzuführen. — Auf dem Berliner Centralviehhof sind seit heute früh sämmtliche Thiergattungen mit Ausnahme der Kälber seitens der Veterinär-Polizei für den Export bis auf Weiteres wegen Ausbruchs der Klauenseuche gesperrt worden.

Kiel. Die Kreuzerkorvette „Prinz Wilhelm" ist bei Bornholm auf Grund gerathen. Die Korvette ist nicht beschädigt und für die Besatzung keinerlei Gefahr vorhanden.

Essen. Der Postkassirer Robert Graichen, welcher vom 5. bis 14. September beurlaubt war, ist von seinem Urlaube nicht zurückgekehrt. Man hat jetzt einen Kassendefekt von 30,000 Mk. entdeckt. Die Düsseldorfer Oberpostdirektion hat eine Belohnung von 1200 Mk. auf die Ergreifung des Flüchtigen ausgesetzt.

Hannover. Die Schauspielerin Brauca aus Rumänien warf gestern in ihrem Zimmer eine Benzinlampe um und zog sich so schwere Brandwunden zu, daß sie denselben heute früh im Krankenhause erlegen ist. Die Verstorbene war für das hiesige Residenztheater engagirt.

Forst (N.-L.). In der Friedrichshainer Juliusgrube verunglückten durch betäubende Gase 2 Fördermänner; Beide sind todt.

Stuttgart. Vor dem Disciplinargerichtshof begann heute Vormittag die Verhandlung gegen den Landgerichtsrath Pfizer von Ulm wegen unwürdigen Verhaltens außer dem Amte und wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses. Pfizer vertheidigte sich selbst. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte er, daß er den gesammten Gerichtshof wegen Befangenheit ablehne. Nach längerer Berathung beschloß der Gerichtshof, den Ablehnungsantrag des Angeklagten seinerseits abzulehnen.

Wien. In der Ottakringer Eisengießerei Jordan stellten gestern 150 Arbeiter, die mit der Entlassung eines Werkmeisters unzufrieden waren, die Arbeit ein. Die Fabrikbesitzer haben dieselben sofort entlassen.

Pest. Es bestätigt sich, daß der König von Serbien auf seiner Reise nach Berlin infolge Einladung des Kaisers Franz Joseph einen Besuch hierselbst abstatten wird. Der Tag ist noch nicht bestimmt.

Lemberg. In Czinnia, wo seit 5 Wochen die Cholera herrscht, überfiel ein Volkshaufe das Cholera-Hospital, entführte aus demselben 2 kranke Frauen und mißhandelte die Beamten. Die Tumulte wiederholten sich, bis endlich der Gemeindevorsteher gestattete, daß die in dem Cholera-Hospital befindlichen Kranken häuslicher Pflege überantwortet würden. Dadurch verbreitete sich die Cholera im ganzen Städtchen. Die Menge zündete des Nachts das Haus des Gemeindevorstehers an.

Paris. Präsident Perier gab im Fort Vanoures den Offizieren ein Frühstück und hielt dabei folgende Rede: Er bekunde, den Festungsmanövern beiwohnend, die lebhafteste Theilnahme der Staatsgewalt und der Nation an der Thätigkeit der Heerführer und Soldaten. Er preise die Vaterlandsliebe, die Achtung vor den Gesetzen und die Unterwerfung unter die rechtmäßige Autorität als gemeinsame Tugenden des Soldaten und Bürgers. Der Präsident toastete dann auf die Offiziere und das Heer. General Saussier versicherte den Präsidenten der Verehrung und Ergebenheit des Heeres und sprach den Wunsch aus, Perier möge ungehemmt seine ruhmvolle Bestimmung erfüllen und eine Größe Frankreichs bleiben. Perier kehrte zu Wagen nach Paris zurück.

Paris. Die Hauptforderungen, die der Abgeordnete Villers in Madagaskar durchzusetzen hat, sind die folgenden: Ueberlassung des diplomatischen Verkehrs mit dem Auslande an den französischen Präsidenten, bedeutende Verstärkung der französischen Wache, Bodenkauf und Ansiedelungsrecht für die Franzosen und Entschädigung der Franzosen, die in der jüngsten Zeit von den Hovas schlecht behandelt wurden.

Marseille. Ein Anarchisten wurden hier unter dem Verdachte, das Börsengebäude in die Luft sprengen zu wollen, verhaftet.

Rom. Die italienischen Botschafter in Berlin, Paris und London werden heute vom König Humbert empfangen. Es handelt sich anscheinend um die Haltung Frankreichs in den Kolonial-Angelegenheiten.

Madrid. General Franz von Bourbon erklärte einem Interviewer gegenüber, daß er seine Rechte auf den Thron von Frankreich in seiner Eigenschaft als Erbe des Grafen Chambord aufrecht erhalten wolle. Er werde nicht versuchen, die Krone an sich zu reißen, indeß werde er auch nicht die Ansprüche der Orleans anerkennen.

Amsterdam. Nach amtlicher Meldung aus Lombok haben die Holländer gestern zwei Befestigungen vor Mataram genommen. Der Feind, der heftigen Widerstand leistete, hatte große Verluste an Menschen und an Vorräthen. Die Holländer hatten 4 Verwundete.

London. Nach einer Depesche aus Pingnang beläuft sich der Gesammtverlust der Chinesen auf 17,000 Mann, davon etwa 14,500 Gefangene. Unter den Gefangenen befinden sich 5 Generale und fast der gesammte chinesische Generalstab. Die Gefangenen werden in Abtheilungen von je 1000 Mann unter besonderer Bewachung nach Japan geschickt. Als die Japaner zum letzten Angriff schritten, flüchteten Tausende von Chinesen nach einem nördlich gelegenen Thale, fanden jedoch auch dort den Rückzug abgeschnitten. Darauf ergaben sich ganze Regimenter; die Chinesen wurden in einer Falle gefangen. Unter den gefangenen Offizieren ist auch General Tsofonkwai, der Befehlshaber des Mantschurei-Heeres, der bis zuletzt verzweifelt kämpfte und sich erst ergab, als er schwer verwundet ward. Die angreifenden Japaner waren den Chinesen der Zahl nach bei Weitem überlegen. Die fliegende Kolonne stößt jetzt in nördlicher Richtung vor, um die Pässe zu sichern. Wenn diese hinlänglich besetzt sind, können nachrückende chinesische Truppen Korea nicht länger betreten, es sei denn, daß es China gelingt, sich die Herrschaft zur See zu sichern. Die Japaner erließen eine Kundmachung, die den Koreanern Schutz und Sicherheit verspricht, solange sie sich feindseliger

Friedrich & Glöckner empfehlen streichfreie und Lackfarben, auch Schnelltrocken-Firniss. Zweigerstrasse 15: Schäferstrasse 12: Lobtau: Tharandterstrasse 4.